

## Flüchtlinge und Menschenrechte

Ein Interview mit Jürgen Zenker

Genosse Zenker, in der vorangegangenen Ausgabe von **ISOR aktuell** haben Sie über den Stand der Dinge bei der Unterzeichnung – vorläufig besser: Nichtunterzeichnung – des Fakultativprotokolls zum UN-Sozialpakt durch die Bundesregierung informiert. Diese sieht sich in ihrer Außenbeschreibung als Hüterin der Menschenrechte schlechthin und verteilt auch gelegentlich Zeugnisnoten an andere Länder. Was hat sie wohl seit 2008 daran gehindert, das von ihr gemeinsam mit weiteren Staaten zu Recht erhobene Fakultativprotokoll nicht zu ratifizieren?

Ja, es fällt auf, dass die Bundesregierung schnell dabei ist, Drittstaaten aus menschenrechtlicher Sicht zu kritisieren. Wenn es aber um sie selbst geht, wird Kritik sofort abgewiesen. Das war z.B. wiederholt bei abschließenden Bemerkungen des UN-Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Fall, zuletzt bei denen von 2011 (vgl. die Antwort auf eine Große Anfrage der Bundestagsfraktion der LINKE vom 31. Oktober 2012). Ähnlich verhält es sich nun bei der Verschleppung einer positiven Entscheidung zum Fakultativprotokoll zum Sozialpakt. Gründe dafür nennt die Bundesregierung nicht. Sie spricht lediglich davon, dass sie sich noch in einem Prüfprozess befinden würde. Aber sie hat natürlich Gründe. Zum Ersten hat die Bundesrepublik nach wie vor generelle Schwierigkeiten mit den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten. Sie ist deshalb vom UN-Ausschuss für diese Rechte mehrfach kritisiert worden. Das UN-Gremium hat eine grundsätzliche Positionsänderung angemahnt und gefordert, den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten einen vergleichbaren Platz mit den bürgerlichen und politischen Rechten im Rechtssystem einzuräumen. Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte müssten in der Gerichtspraxis eine Rolle spielen, was bisher überhaupt nicht der Fall ist.

Zum Zweiten sieht die Bundesregierung offenbar Probleme, die insbesondere mit dem Individualbeschwerdeverfahren zusammenhängen. Sie befürchtet, dass der UN-Ausschuss für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, der zugleich das zuständige Entscheidungsorgan für Beschwerden ist, Entscheidungen

treffen könnte, die sie für unvereinbar mit bisher eingenommenen Positionen bewerten müsste. Es bleibt abzuwarten, ob sich die Bundesregierung bewegen wird.

In Ihrem Artikel wurde das UPR-Verfahren erwähnt. Welche Bedeutung hat es im Hinblick auf die ausstehende Ratifikation des Fakultativprotokolls zum Sozialpakt?

Das UPR-Verfahren (die Benennung geht auf die englische Bezeichnung „universal periodic review“ d.h., universeller periodischer Überblick zurück) ist Bestandteil der Resolution 60/251 der UN-Vollversammlung vom 15. März 2006, der Gründungsresolution des Menschenrechtsrates. Es ist festgelegt, dass künftig die Menschenrechtssituation in allen Mitgliedstaaten der UNO geprüft wird.

Während des II. Zyklus des UPR-Verfahrens zu Deutschland 2012/2013 hat das zögerliche Verhalten zur Ratifikation des Fakultativprotokolls zum Sozialpakt eine Rolle gespielt. Von insgesamt 200 Empfehlungen, die unterbreitet wurden, betreffen sieben die Erwartung einer baldigen deutschen Entscheidung zugunsten des Protokolls. Deutschland steht somit international in der Pflicht, spätestens in seinem Bericht im Rahmen des III. Zyklus eine positive Entscheidung mitzuteilen.

Hat die derzeitige Auseinandersetzung um die Ratifikation des Fakultativprotokolls zum Sozialpakt auch Konsequenzen für die aktuelle Asylproblematik?

Die Ratifikation wäre für Personen, die in Deutschland Asyl beantragen, wichtig. Der UN-Ausschuss für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte hatte bereits am 4. Dezember 1998 unter Bezugnahme auf seine allgemeine Bemerkung Nr. 4 vom 13. Dezember 1991, also seine Interpretation des Artikels 11 Abs.1, des Sozialpacts (Recht auf angemessene Unterkunft) Deutschland ersucht, unverzügliche Maßnahmen zu ergreifen, um die Situation von Asylsuchenden zu überprüfen. Er hat auch vorgeschlagen, dass die Anträge von Asylsuchenden schnell behandelt und den Flüchtlingen gesundheitliche, wirtschaftliche und Bildungsrechte in Übereinstimmung mit dem Sozialpakt gewährt werden. Hätte die Bundesregierung auf

den UN- Vorschlag rasch in konstruktiver Weise reagiert, stünde sie jetzt nicht vor dem Dilemma langer Asylverfahren und ungeklärter Fragen hinsichtlich der Flüchtlingsrechte. Ein letzter abschließender Satz: Wer sich für die Ratifikation des Fakultativprotokolls zum Sozialpakt einsetzt, setzt sich zugleich für die Rechte ein, die Flüchtlinge zustehen.

Mit Fontane gesprochen, ein weites Feld, das aber unsere gegenwärtigen Probleme eng berührt.

Genosse Zenker, danke für Ihre Arbeit, uns die Verbindung des oftmals demagogisch gebrauchten Begriffs der Menschenrechte mit unserem Kampf gegen das Rentenstrafrecht und der Situation der Flüchtlinge in Deutschland in einem besonderen Licht aufzuzeigen.

Das Interview führte Wolfgang Kroschel

\*  
Der Antrag der Bundestagsfraktionen DIE LINKE und von Bündnis 90/Die Grünen vom 18. März 2015 sowie aus der vorangegangenen Legislaturperiode und das „Fakultativprotokoll“ selbst können auf unserer Internet-Seite abgerufen werden.

### Zum Flüchtlingsansturm auf Deutschland – Position der ISOR –

Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR bestätigt alarmierende Zahlen. Niemals seit 1945 waren weltweit so viele Flüchtlinge aus ihrer Heimat vertrieben, wie in der Gegenwart, insgesamt ca. 60 Millionen, die Hälfte davon Kinder. Der rasante Anstieg der Flüchtlingszahlen ist vor allem Resultat des seit fünf Jahren andauernden Bürgerkrieges in Syrien. Vier Millionen Syrer mussten ihre Heimat verlassen, zwei Millionen davon wurden in der Türkei, fast ebenso viele in Libanon und Jordanien aufgenommen. Sieben Millionen sind Binnenflüchtlinge im eigenen Land. Viele von ihnen leben unter menschenunwürdigen Verhältnissen in Flüchtlingslagern, existieren ohne arbeiten zu können, am Existenzminimum und haben jede Hoffnung auf eine Rückkehr nach Syrien aufgegeben. In immer größerer Zahl versuchen sie nun über das Mittelmeer oder auf dem Landweg die wohlhabenden Länder Europas zu erreichen.

Gestützt auf das Dublin-Abkommen hat Deutschland sich lange Zeit abschotten und Asyl-Verfahren an jene Länder delegieren können, über die die Einreise in die Europäische Union erfolgt ist. Doch vor allem Griechenland und Italien sind damit seit langem völlig überfordert.

Ein Ende der Flüchtlingswelle nach Deutschland ist nicht in Sicht, eine weitere erhebliche Steigerung der Asylanträge vorhersehbar. Die Kontrolle oder gar Schließung der Grenzen, auch Militäreinsätze im Mittelmeer werden die in ihrer Verzweiflung jedes Risiko eingehenden Flüchtlinge nicht aufhalten können.

Die Aufnahme der Flüchtlinge ist ein Gebot der Menschlichkeit. Deutschland ist dazu materiell und finanziell weit eher in der Lage, als jene

Entwicklungsländer, die 86% der Flüchtlinge weltweit aufnehmen und versorgen.

Nicht der Kampf gegen Flüchtlinge, sondern nur die Beseitigung der Ursachen der Fluchtbewegung können das Flüchtlingsproblem lösen. Wachsamkeit und Gegenwehr sind erforderlich, wenn die mit dem Flüchtlingsansturm verbundenen Herausforderungen von neofaschistischen Kräften missbraucht werden. Nicht wenige Bürger verbinden mit der verstärkten Aufnahme von Flüchtlingen Sorgen um ihren sozialen Status und diffuse Ängste vor Fremden und Ungewohntem. Sie können so Opfer nationalistischer und rassistischer Propaganda werden. Brennende Flüchtlingsunterkünfte markieren die wachsende faschistische Gefahr. Erinnern wir uns deshalb immer daran, dass die internationale Solidarität, die selbstverständliche Hilfe für die Opfer des kapitalistischen Ausbeutungs-Systems und seiner Kriege zu den Grundwerten unserer Überzeugung gehören.

Wichtigste Aktivität zur Beseitigung der Ursachen der Flüchtlingswelle wäre eine Befriedung des Nahen und Mittleren Ostens. Eine Beendigung des Syrien-Konfliktes ist nur denkbar, wenn die USA, die Türkei, Saudi-Arabien und Katar ihre Umsturzpläne in Syrien aufgeben und gleichzeitig ihre direkte und indirekte Unterstützung der Al-Nusra-Front und des Islamischen Staates beenden. Die Türkei müsste den Frieden mit der kurdischen Befreiungsbewegung PKK wieder herstellen. Schließlich wäre die internationale Gemeinschaft bei Einbeziehung Russlands, des Iran und Ägyptens in der Lage, den Terrorbanden, Kulturbarbaren und Habsabschneidern im Nahen Osten Einhalt zu gebieten.

Leider entspricht es aber der Realität, wenn der UN-Flüchtlingskommissar resignierend einschätzt: „*Es ist erschreckend zu beobachten, dass jene straflos bleiben, die Konflikte auslösen. Gleichzeitig scheint die internationale Gemeinschaft unfähig zur Zusammenarbeit, um Kriege zu beenden sowie Frieden zu schaffen und zu sichern.*“

Das von der Profitgier Einzelner, den Interessen der Rüstungsmonopole und Streben nach der Herrschaft über Rohstoffquellen bestimmte kapitalistische System erweist sich auch in diesem Fall als unfähig, die großen Menschheitsprobleme zu lösen. Es bringt immer wieder neue kriegerische Konflikte hervor. Es braucht solche Konflikte, wie auch die Unterjochung von Staaten, die sich ihm in den Weg stellen. Frieden in der Welt wird es erst geben, wenn die Völker ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen.

Auch die Abschiebung von Armutsflüchtlingen löst kein Problem. Nur eine wirksame

Entwicklungshilfe, die spürbare Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in den Herkunftsländern kann Abhilfe schaffen. Statt die am besten ausgebildeten Menschen aus diesen Ländern in die reichen Länder Europas zu holen, sollten diese in den eigenen Ländern zum Wohle ihrer Völker wirken.

Die DDR hat einst Arbeitskräfte aus Entwicklungsländern befristet beschäftigt, qualifiziert und anschließend an die Herkunftsländer zurück delegiert. Spezialisten der DDR, aber z.B. auch Freundschaftsbrigaden der FDJ haben dort geholfen. Das basierte auf einem solidarischen Verhältnis zwischen diesen Staaten und der DDR zum gegenseitigen Nutzen. Unvergessen ist die herzliche Aufnahme chilenischer Flüchtlinge, die dem Pinochet-Regime entkommen konnten und die Betreuung namibischer Kinder in der DDR. Gute Gründe also, die wahre Geschichte der DDR im Gedächtnis zu bewahren.

(Aktuelle Beiträge dazu können auf unserer Internet-Seite eingesehen werden.)

\*

## Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Vorstand diskutierte den Entwurf eines Beschlusses zur Verleihung von Ehrenmitgliedschaften der ISOR und bestätigte diesen mit den vorgebrachten Änderungen. Der Beschluss wird in seiner Endfassung allen Mitgliedern des Vorstandes und des Beirates sowie allen TIG-Vorsitzenden zugestellt.

\*

Der Schatzmeister berichtete, dass der Plan der Einnahmen aus Beiträgen und Spenden im ersten Halbjahr 2015 bereits zu 59 Prozent erfüllt wurde, da zahlreiche Mitglieder für das gesamte Jahr kassiert wurden. Die Ausgaben wurden im ersten Halbjahr zu 49,5 % des Jahresplanes realisiert. Damit entwickelt sich die Finanzlage der ISOR weiter planmäßig. Auch eine Überprüfung seitens der Rentenversicherung verlief ohne Beanstandungen.

\*

Der Vorstand stimmte den Vorschlägen von Horst Parton zu. Danach wird der 25. Jahrestag der ISOR in würdiger Form begangen.

Geplant wird u.a. eine zentrale Festveranstaltung in Berlin, an der Vorstand, Beirat, die TIG-Vorsitzenden und Ehrengäste teilnehmen werden.

Bei der Festveranstaltung sollen erstmalig Ehrenmitgliedschaften der ISOR verliehen werden.

Darüber hinaus sollen Festveranstaltungen in den TIG organisiert werden, an denen Mitglieder des Vorstandes teilnehmen.

## ZwischenAUFruf

In diesem Jahr ertranken bereits mehr als 3000 Menschen im Mittelmeer. Im ersten Halbjahr haben deutsche Rüstungskonzerne bereits so viel an ihrer tödlichen Produktion verdient, wie im ganzen Vorjahr zusammen. Um uns herum ist Krieg „Die Würde des Menschen ist...“, nein; liegt in Turnhallen und Zelten und wird tausendfach angetastet, wird in Quoten ausgedrückt und herum geschoben. Sowohl die europäische Gemeinschaft als auch der Bund deutscher Länder sind unfähig, Solidarität im Namen der Menschlichkeit auszuüben.

Auch wir – jetzt geht's mal an die eigene Nase – diskutieren darüber mitunter endlos, verweisen auf diese und jene Missstände und mitunter auch mit Larmoyanz auf wieder errichtete Grenzzäune, Stacheldraht und all die Dinge, die man den bösen Kommunisten vor 25 Jahren noch vorwurfsvoll und bis heute endlos vorwirft.

Vielelleicht warten wir auf Orientierung von oben, auf eine Art Hirtenbrief oder eine Richtlinie. Und, was hilft das denen, die jetzt neben uns um ihre Existenz ringen? Was helfen jetzt unsere Vorwürfe, außer dass wir uns in dieser Frage bestätigt fühlen? Was hilft aber das, beim Hungern und beim Essen, was wir früher „proletarischer Internationalismus“ nannten? Wie kann der jetzt aussehen?

Geht, telefoniert oder erkundigt euch, Genossen, in den kommunalen Verwaltungen nach den Organisationen, die jetzt mit der Hilfe für die Flüchtlinge befasst sind. Scheut euch nicht, wenn sie sich auf biblische Wurzeln berufen. Sagt oder schreibt, was ihr zu tun in der Lage seid. Gibt es Spielzeug, das die Enkel nicht mehr brauchen, gibt es Kleidung, Wäsche oder Sachen für die Hauswirtschaft, Betten, Möbel? Kann man beispielsweise einen Flüchtling durch die Stadt führen und ihm wichtige Orte, Behörden, Schulen, Begegnungszentren zeigen? Fragt, was gebraucht wird und bietet es dort an. Aber bitte nicht in den Heimen selbst. Dort ist das Personal damit überfordert. Man wird euch mitteilen, wie und womit ihr helfen könnt. Für Internet-Nutzer: In jeder Stadt ist eine Seite eingerichtet: [www.welcome-to-\(hier kommt jetzt der Ort\).de](http://www.welcome-to-(hier kommt jetzt der Ort).de) (z.B. [www.welcome-to-erfurt.de](http://www.welcome-to-erfurt.de)) Dort kann man seine Hilfsmöglichkeiten angeben (z.B. mit Telefonnummer oder Internet-Adresse) und Hilfesuchende können sich so direkt melden. Also reden wir nicht nur, was alles gemacht werden müsste. Es macht sie ein Geschwätz nicht satt, das schafft kein Essen her. Lasst uns lieber über unsere Taten reden.

w.k.



## Aus unseren TIG

Wenn hinten eine „5“ steht, ist das schon ein kleines Jubiläum. Also, das 15. Altmarktreffen, wie immer organisiert von der **TIG Salzwedel**, führte über 100 Gäste und ihre Angehörigen aus den **TIG Stendal, Klötze, Gardelegen, der Prignitz** und sogar aus dem befreundeten Brandenburg am 26. September in der „Feinen Sache“ zusammen.

Die Teilnahme von Mitgliedern des Vorstandes, des Geschäftsführers von ISOR und des Redakteurs von **ISOR aktuell** unterstreicht die Bedeutung und Notwendigkeit solcher Gemeinsamkeiten.

Horst Parton, Vorsitzender der ISOR, sprach zur aktuellen Lage: Einleitend stand das Echo zum Aufruf für den Frieden und die Situation zur Entwicklung der Flüchtlingszahlen. Dabei sei wichtig, dass wir uns durch die Medienkampagne nicht ins Bockshorn jagen lassen, indem suggeriert wird, dass jegliche soziale Fragen, also auch Renten, hinter den Zuwendungen für Flüchtlinge zurückstehen müssten. Das ist nicht wahr.

Der langwierige Kampf um Rentenrechte, stellt infolge zunehmenden Altersdurchschnitts und Krankheiten unserer Mitglieder unsere TIG vor schwierige Bedingungen, wodurch Resignation und Mutlosigkeit auftreten. Das ist verständlich, darf uns aber von unserem gerechten Kampf nicht abhalten. Geduld, Beharrlichkeit und Stehvermögen sind weiter gefragt. Aber gleichzeitig sind Spekulationen über einen Termin der Verhandlungen beim Bundesverfassungsgericht ebenso fehl am Platz wie über ein Ergebnis. Sollte das BVerfG. auch 2015 noch keine Entscheidung getroffen haben, so wie dies ja bereits 2011 erfolgen sollte, wird der Vorstand gemeinsam mit unseren Rechtsanwälten über weitere Möglichkeiten beraten. Dabei haben wir zu beachten, dass unsere Rechtsanwälte Mitglieder von ISOR als Mandanten vertreten. ISOR ist selbst kein Beschwerdeführer gegenüber dem BVerfG. Ein altes Sprichwort sagt, „Was lange währt, wird gut“. Wir geben also die Hoffnung nicht auf und machen so lange weiter, bis soziale Gerechtigkeit hergestellt ist. Und das bedeutet nichts anderes, als für jeden Anspruchsberechtigten eine Rente nach gezahlten Beiträgen bis zur Beitragsbemessungsgrenze zu erreichen.

Die Tatsache, dass seit eineinhalb Jahren das Altmarktreffen stattfindet, zeigt aber auch, dass der soziale Zusammenhalt, das Gemeinschaftsgefühl und die Solidarität wichtige Faktoren sind, die uns verbinden

und unabhängig von juristischen Entscheidungen Bestand haben werden.

Wohl begründet fand deshalb auch die Ehrung verdienstvoller Aktivisten der ISOR statt und erfreulich war die Anzahl der Frauen.

Der Vorsitzende der Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt der Partei DIE LINKE stellte als Stammgast seinen Nahfolger vor, der erklärte, nach der Landtagswahl die Anliegen von ISOR im Auge zu behalten.

Persönliche Gespräche, Chorgesang, natürlich Kaffee und Kuchen und Tanz rundeten das Treffen ab und erzeugten Vorfreude aufs nächste Jahr.

Wolfgang Kroschel

\*

**TIG Güstrow:** Ein Gespenst geht um in der westlichen Welt. Lügen werden als Wahrheiten im Alltagsleben offeriert, um die Kriegspolitik der Gegenwart zu rechtfertigen. Deutschland steht hinsichtlich seiner militärischen Aktivitäten im vorderen Glied der NATO. Dagegen wandten sich die Teilnehmer der öffentlichen Güstrower Versammlung im September. Sie forderten die unverzügliche Beendigung der Teilnahme an Kriegseinsätzen und den Abzug der Bundeswehr aus dem Ausland. Schluss mit der friedensgefährdenden Politik der Regierung und des Bundestages.

Bernd Biedermann, Oberst a. D. der NVA, erläuterte als Referent beispielhaft und sehr überzeugend mit bildhafter Unterlegung, hoher Sachkenntnis und analytischer Aussage die Entschlossenheit kriegerischer Absichten verantwortungsloser Politiker und Militärs westlicher Prägung. Als Experte und Analytiker von Kampfmittelleinsätzen hat er in seinem Vortrag „MH 17 – Chronologie eines Verbrechens“ den Abschuss der zivilen Passagiermaschine am 17. Juli 2014 über der Ostukraine dargestellt, der vorsätzlich und höchstwahrscheinlich bereits längerfristig vorbereitet worden war. Auf tragische Weise starben dabei 298 Menschen. Ein Verbrechen, das eigentlich am russischen Präsidenten begangen werden sollte. Doch Putins Maschine flog nach einem anderen, umgestellten Flugplan.

Ein Beweis für das Dilemma der NATO ist, dass verantwortungslos handelnde Politiker und Militärs nicht vor menschlichen Opfern jeder Größenordnung und der Vernichtung bedeutender Sachwerte zurückschrecken und sie offenbar billigend in Kauf nehmen. Das erleben wir täglich auch auf anderen Politikfeldern; die Wahrheit ist für sie letzter Hohn.

Nach wie vor existiert nach 25 Jahren deutscher Einheit ein Ost-West-Gefälle. Die soziale Einheit ist ausgeblieben. Der Einigungsvertrag

scheint nicht mehr die Orientierungshilfe dabei zu sein. Der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Erwin Sellering, (SPD) hat dafür kein Verständnis, dass der „Finanzexperte“ der CDU-Bundestagsfraktion, Eckhardt Rehberg, mit seinem NEIN zu einem zusätzlichen Zwischenschritt bei der Ost-West-Rentenangleichung die Debatte neu belebt. „Ich habe kein Verständnis dafür, wenn Bundestagsabgeordnete aus MV den Menschen in unserem Land in den Rücken fallen.“ Ja, da kann man nur beipflichten. Natürlich widersprach Herr Rehberg. Aber, Herr Rehberg, ist der Wortgebrauch Einheit in Ihrem Verständnis im 25. Jahr des DDR-Beitritts als zweifelhaft anzusehen? Das war mit Sicherheit nicht gewollt.

Unsere Versammlung endete optimistisch. Der Vortrag Bernd Biedermanns erntete viel Beifall. Und wir werden auch künftig die Entwicklung kritisch im Auge behalten.

Walter Krüger

\*

## Aus der Postmappe

Nachdem ich die letzte ISOR Information gelesen habe, bewegt mich besonders die Ablehnung vorliegender Petitionen zu rentenrechtlichen Themen durch die Regierungskoalition und parlamentarische Mehrheiten von CDU CSU und SPD.

Für die Politik ist das Thema offene Rentenprobleme, schon gar nicht die Beseitigung der rechtswidrigen Strafrenten, diskutabel. Wer und wo wird heute noch von Strafrenten gesprochen?

Diese Formulierung ist im Sprachgebrauch offensichtlich nicht mehr existent. Unerwünscht. Auch ein Zeichen sich wandelnder Politik. Die Bundesregierung hat ja nun auch ganz andere Sorgen. Der Ansturm der Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak, Afrika, den Balkanstaaten und anderen Teilen der Welt bringt Probleme mit sich, die Deutschland, Europa und die Welt vor ganz neue Herausforderungen stellen. Zu diesem Problem hat man so seine Gedanken. Wo liegen die Ursachen und wie kann man sie beseitigen?

Nachdem die Koalition rentenrechtliche Fragen zur Seite geschoben hat, richtet sich unsere Hoffnung verstärkt auf das Bundesverfassungsgericht es ist wohl die letzte Institution, die dieses Unrecht beseitigen bzw. mildern kann.

In unserer letzten TIG-Versammlung haben wir über diesen Weg diskutiert. Unsere Zusammenkünfte nehmen immer mehr familiären Charakter an. Alle Mitglieder und deren Angehörige freuen sich auf anstehende Treffen. Inhaltlich werden aktuelle Themen, Vereinsfragen und anderes ausgetauscht. Verbunden wird unsere Beratung immer mit einer angenehmen Tagesgestaltung.

Dank und Anerkennung möchten wir unserem Landesbeauftragten Gerd Röseberg für seine konkreten und optimistischen Ausführungen sagen.

Alle unsere Mitglieder sowie deren Familienangehörigen sind besorgt über die Spannungen in der Welt und die in Europa anstehenden Probleme.

Wir verstehen, wie kompliziert es für unseren Vorstand ist, unsere Interessen zu vertreten.

Wir wünschen dazu Mut, Kraft und Gesundheit. Unseren Beitrag leisten wir auch in der Hoffnung auf ein würdiges Ergebnis.

**Wilhelm Ulbrich, Beeskow**  
\*

„Kuba im 21. Jahrhundert“ Unter dieser Überschrift ist es der DKP Kreisorganisation Ulm/Alb/Donau in Zusammenarbeit mit dem ISOR-Vorstand gelungen, am 19.09.2015 im Haus der Gewerkschaften in Ulm eine Informationsveranstaltung mit dem 3. Sekretär der Botschaft Kubas in Deutschland, Alberto Berbes Sainz de la Torre, zu organisieren.

Unser Freund und Genosse Alberto informierte über die politische und wirtschaftliche Lage in Kuba und wies insbesondere auf das politische Verhältnis USA–Kuba und Ergebnisse der gegenwärtigen Annäherung der beiden Staaten infolge der Aufnahme diplomatischer Beziehungen gegenüber Kuba hin. Tatsachen und Hintergründe zu dieser begrüßenswerten Politik erläuterte Genosse Alberto tiefgründig

und mit vielen Beispielen. Er wies aber auch darauf hin, dass dieser Prozess noch nicht in aller Vielfalt und Breite durch Präsident Obama entwickelt ist. Viele Erleichterungen beziehen sich nur auf den privaten Sektor. Staatliche Einrichtungen und Unternehmen von Kuba, die das Embargo betreffen, sind in der großen Überzahl und davon nach wie vor ausgeschlossen, obwohl Obama diese in eigener Verantwortung einbeziehen könnte.

Das betrifft den Sektor des staatlichen Handels, Investitionen Kredite und Geldgeschäfte, medizinische Verbesserungen sowie Kultur und Tourismus und die mikroelektronische Technik bis hin zu Telekommunikation. Es ist auch klar, dass der US-amerikanische Kongress sich wehrt, allen noch offenen Fragen zuzustimmen. „Wir stehen am Anfang neuer Beziehungen, die es gilt, Schritt für Schritt auszubauen“, sagte der Diplomat.

Genosse Alberto informierte auch ausführlich über die vielen Solidaritätsprojekte Kubas in großen Teilen der Welt. Er machte deutlich, dass Kuba immer große Solidarität in seinem revolutionären Kampf erhalten hat und sich auch deshalb dieser internationalistischen Hilfe weiter verbunden fühlt. Diese Verpflichtung wird täglich praktisch realisiert und ist Herzenssache der Kubaner.

In der Diskussion machten die Zuhörer darauf aufmerksam, dass es den USA mit ihrer Embargopolitik und der Nichtanerkennung Kubas über 50 Jahre lang nicht gelungen ist,

den sozialistischen Karibikstaat zu erpressen und auszuhöhlen. Diese Politik war und ist verfehlt! Dennoch äußerten die Teilnehmer Besorgnis darüber, dass das Land nun von innen her aufgerollt werden könnte, wie es die Erfahrungen in Europa gezeigt haben, den Sozialismus in die Knie zu zwingen und wieder kapitalistische Verhältnisse zu installieren. Es wurde zu revolutionärer Wachsamkeit und Solidarität aufgerufen. Unser Gast bestätigte dies und dankte für die solidarischen Erfahrungen, die Kuba aus der europäischen Geschichte aufnimmt und beachten wird. Er betonte aber auch, dass Kuba nicht Europa ist und sich die Kubaner ihre Revolution nicht wegnehmen lassen. Er sicherte zu, dass „die Verteidigung der Revolution an erster Stelle steht und alles darauf ausgerichtet ist, sie zum Sieg zu führen“. Für unsere Mitglieder und Gäste war diese öffentliche Veranstaltung in Ulm eine gelungene Zusammenkunft des Informationsaustausches und der solidarischen Verbundenheit mit Kuba.

Wir danken besonders dem Vorstand der ISOR, (namentlich Prof. Horst Bischoff) und Rolf Uhlig. Wir senden auf diesem Wege herzliche Grüße, verbunden mit besten Wünschen für eine weitere friedliche und erfolgreiche Außenpolitik Kubas an unsere Freunde und Genossen in die Karibik! Ein herzliches Dankeschön an Alberto Berbes Sainz de la Torre!

**Michael Räthel** Mitglied DKP Kreisorganisation Ulm/Alb/Donau

## Alternative Einheitsfeier zum 3. Oktober 25 Jahre danach – Das Erbe der DDR lebt fort

Die Protestveranstaltung des OKV verabschiedete per Akklamation eine Willenserklärung, die vollständig auf unserer Internet-Seite zu lesen ist. Hier seien die Hauptforderungen genannt:

- Beendigung der aggressiven Maßnahmen zur Osterweiterung der NATO und der Auslandseinsätze der Bundeswehr;
- Schluss mit der Interessenvertretung der USA in Europa und der internationalen Waffenlobby, Verbot des Rüstungsexports und konsequente Abrüstung;
- Stoppt Ramstein, Auflösung des USA-Militärstützpunktes des zentralen Drehkreuzes völkerrechtswidriger Angriffe auf den Frieden, Beseitigung aller Atomwaffen auf deutschem Boden;
- Initiativen für eine friedliche Lösung des Nahost-Konflikts und aller militärischen Konflikte in der Welt gemeinsam mit Russland und China;
- Statt kriegerischer Aktionen Verstärkung der humanitären und Entwicklungshilfe sowie Beendigung der Ausbeutung der armen Länder des Südens;
- Gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums in Deutschland und Angleichung der Lebensverhältnisse der ostdeutschen Länder.



Fotos Wolfgang Ney

## Lesenswert

Wolfgang Schwanitz/Reinhard Grimmer (Hrsg)  
**Wir geben keine Ruhe.**  
**Unbequeme Zeitzeugen II**  
verlag am park, Berlin 2015  
ISBN 978-3-945187-39-5  
Preis 19,99 Euro

Nach einem Jahr liegt nunmehr zum Buch „Unbequeme Zeitzeugen. Erinnerungen von MfS-Angehörigen“ ein zweiter Band unter dem Titel „Wir geben keine Ruhe. Unbequeme Zeitzeugen II“ vor. Seit 25 Jahren tobt die Erinnerungsschlacht. Die Behauptungen, wie das Leben in der DDR angeblich gewesen sein soll, werden immer alberner und abstruser, die Lügen dreister und die Verdrehungen ständig dümmer. Besonders anhaltend, wenn es um das Thema „Stasi“ geht. Deshalb ist Widerspruch notwendiger denn je. Das ist auch die Botschaft des zweiten Bandes. Darin erinnern sich Frauen und Männer, Wirtschaftskapitäne und Werftarbeiter, Theologen und Pädagogen, natürlich auch hauptamtliche und Inoffizielle Mitarbeiter des MfS, die mit ihrer Arbeit zum Schutz und zur Stärkung der DDR zugleich Friedensdienst geleistet haben. Weil dafür noch immer an den Rand gedrängt, ausgegrenzt und geschmäht, verstummen sie nicht. Vielmehr legen sie weiter Zeugnis ab und deshalb geben sie keine Ruhe.

Das Buch kann über den Buchhandel, aber auch über die Geschäftsstellen der GRH oder ISOR bestellt werden.

\*

## Einladungen

Der Brüsseler Brecht/Eisler-Chor und der Ernst-Busch-Chor Berlin laden zu einem gemeinsamen Konzert

„WaanVflucht –  
Wir singen für den Frieden“

am 31. Oktober 2015, um 10.30 Uhr

in das **Kino International**, Karl-Marx-Allee 33 (U-Bahnstation Schillingstr.) ein.

Eintrittskarten zum Preis von 12 Euro können erworben werden:

- an der Kasse des Kinos International Tel. 24756011
- an jedem Mittwoch ab 16.09.2015 von 12.30 bis 13.00 Uhr im Bürogebäude, Franz-Mehring-Platz 1 vor dem Münzenbergsaal
- bei Frau E. Bieß, Tel. 030 97160 00

\*

Der **Arbeitskreis Kultur- und Bildungsreisen** der GBM lädt zum **Herbsttreffen 2015 am Samstag, 14.11.** im **Kreiskulturhaus** 15306 Seelow, Erich-Weinert-Straße 13 ein.

Es spricht die Abgeordnete des Europaparlaments, Fraktion Die Linke, Frau Martina Michels. Dieses Treffen ist verbunden mit einer Ehrung und Kranzniederlegung am sowjetischen Ehrenmal Seelowen Höhen.

Das Programm steht unter dem Motto:

### Deine Lieder – meine Lieder

und wird gestaltet von den Schauspielerinnen Renate Geißler, Angelika Neutschel, dem Duo Faller und weiteren Solisten. Außerdem wird das Programm des Arbeitskreises Kultur- und Bildungsreisen für 2016 vorgestellt.

Die gastronomische Versorgung (Mittagessen und Kaffeetrinken) erfolgt im Kreiskulturhaus Seelow.

Am sowjetischen Ehrenmal besteht die Möglichkeit, Blumen niederzulegen.

Abfahrt der Sonderbusse ab Ostbahnhof/Ecke Andreasstraße um 9.30 Uhr.

Der Teilnahmebeitrag einschließlich Mittagessen und Kaffeetrinken beträgt 20.00 Euro und wird im Bus kassiert.

**Anmeldung** bitte schriftlich bis **1.11. 2015** an die GBM, Weitlingstraße 89, 10317 Berlin. Sie gilt als Teilnahmebestätigung.

**Weitere Informationen:** Gisbert Graff, Leiter des AK, Telefon: 030/56 58 77 15 Mail: gisbert-graff@t-online.de  
Mail der GBM: gbmev@t-online.de

**ANMELDUNG** bitte unter Angabe von Name, Vorname, Personenzahl, Anschrift/Telefon

## Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

**ISOR aktuell** dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 30.09.2015

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 28.10.2015

Einstellung im Internet: 02.11.2015

Auslieferung: 12.11.2015

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Postanschrift: ISOR e.V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: (030)- 29784315 Sekretariat

29784317 AG Finanzen

Fax: (030)- 29784320

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr.: 171 302 0056 BLZ: 100 500 00

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC BELADEBEXXX

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 15